

Was heißt „Solidarität mit Israel“ heute?

von Reiner Bernstein¹

Die Frage nach den Grundlagen und der Bedeutung der Solidarität mit Israel in Deutschland zu stellen, ist nicht neu. Sie begleitet den öffentlichen Diskurs seit den späten 1960er Jahren – also seit jener Zeit, als sich nach dem Sechstagekrieg die Gemüter an der Differenz zwischen einer „kritischen Solidarität“ zum Staat Israel (Ernst Benda) und einer „wissenden Unbefangenheit“ (Moshe Tavor)² zu seiner Politik auf dem Hintergrund der deutsch-jüdischen Geschichte erhitzten. Gershom Scholem (1897 – 1982) hatte mit seiner Brüsseler Rede „Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen Gespräch“ die Forderung nach einer „Restitution des uns Gemeinsamen“ mit der „Wiederherstellung einer neuen gemeinsamen Sprache“ verbunden³ – ein Plädoyer für das deutsch-jüdische „kulturelle System“ nach der Shoah auf der Grundlage nationaler Ebenbürtigkeit. So wünschenswert sie gewesen sein mochte, musste diese abstrakte, a-historische Vorstellung an den unterschiedlichen sozialen, politischen und regionalen Interessen und Bedingungen scheitern. Nach dem Nahost-Beschluss der EG-Staats- und Regierungschefs in Venedig im Juni 1980 – Menachem Begins forcierte Siedlungspolitik war drei Jahre alt – schrieb ein Bundestagsabgeordneter in der fünften seiner dreizehn Thesen:

„'Deutsche Solidarität mit Israel' kann nicht heißen: Vorbehaltlose Billigung, Rechtfertigung und Unterstützung jeder Maßnahme jeder israelischen Regierung. Eine solche absolute moralisch-politische Identifizierung mit jeder Politik des Staates Israel ist weder moralisch noch politisch vertretbar und hat mit der uns gebotenen Solidarität nichts zu tun, diskreditiert diese vielmehr⁴.“

Inzwischen haben nach meinem Eindruck die Debatten über die „Solidarität mit Israel“ unter zwei Aspekten an Schärfe

gewonnen und Faktizitäten geschaffen, welche die gegenseitige Wahrnehmung erheblich belastet, wenn nicht gar dauerhaft beschädigt haben:

- Zum einen ist in Israel aufgrund der drohenden internationalen Isolation des Landes durch die Besatzungspolitik das Verlangen nach einer bedingungslosen Solidarität unüberhörbar geworden. Früher wurde jeder deutsche Tourist willkommen geheißen, weil er nach seiner Rückkehr zum besten Botschafter Israels werde. Heute arbeiten die deutschen Medien und allen voran ihre in Israel stationierten Korrespondenten häufig unter dem Verdacht, dass sie im Deckmantel scheinbarer Objektivität antijüdische Ressentiments schüren. So sah sich nach der methodisch umstrittenen Studie des „American Jewish Committee“ die Bundeszentrale für politische Bildung nach einer Intervention der Botschaft des Staates Israel in Berlin zur Vergabe einer empirischen Analyse veranlasst. Nach den Worten des Direktors der Bundeszentrale Thomas Krüger fand sie heraus, dass der Vorwurf antisemitischer Haltungen im deutschen Journalismus auf breiter Front „gelinde gesagt ... übertrieben“ sei⁵.
- Zum anderen hat in Deutschland die historiographisch-wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Zeit und der Shoah unabwiesbare Belege für die „Verstrickung“ großer Teile der Bevölkerung geliefert. Aus der dokumentierten Verantwortung der Eltern- und Großelterngeneration wird die Konsequenz gezogen, den Juden den vermeintlichen Vorwurf der deutschen Kollektivschuld mit der Kritik an der israelischen Besatzungspolitik „heimzuzahlen“ – gemäß den Worten Yoram Kaniuks: Die Deutschen werden den Juden / Israelis Auschwitz nie verzeihen. Damit haben sich die „Grenzen des Sagbaren“⁶ verschoben. Dass die Kluft zwischen der öffentlichen Meinung und der Regierungspolitik immer weiter auseinanderklafft, belegen die Meinungsumfragen seit den 1980er Jahren. Heute würden mehr als vier Fünftel aller Deutschen den militärischen Beistand Deutschlands verweigern, wenn Israel in existentielle Bedrängnis gerät. Demgegenüber haben Angehörige aus dem Lager der

Regierungskoalition den Widerstand gegen die öffentliche Meinung „in Europa“, den die Bundeskanzlerin Ende März 2008 vor der Knesset ankündigte, als Zusage interpretiert, Israel im Falle der Bedrohung militärisch beizustehen.

Beide Tatbestände sind schwer auf einen Nenner zu bringen. Wer sich unter Parlamentariern in Berlin quer durch alle Fraktionen umhört, kann unschwer feststellen, dass auch sie von der Verunsicherung und der Skepsis nicht verschont geblieben sind. Damit wird die Behauptung zweifelhaft, dass „die politischen Eliten“ unbeirrt an der „Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen“ als einer sicherheitspolitischen Bestandsgarantie für Israel festhalten würden⁷. Mein Eindruck freilich ist, dass aggressive Stimmungen in der Öffentlichkeit mit ihren moralinsauren Imperativen dieselben Abgeordneten veranlassen, sich gegen Einflussnahmen auf ihre politischen Entscheidungen abzuschotten.

Der israelische, am „Massachusetts Institute of Technology“ in Boston lehrende Linguist Noam Chomsky, ein Moralist hohen Grades, hatte im Frühjahr 2008 die Befürchtung geäußert, dass die Helfershelfer Israels in Wahrheit die Helfershelfer seiner moralischen Degeneration und wahrscheinlich letztlich seiner Zerstörung sein würden⁸ – eine Ahnung, die der Jerusalemer Politologe Zeev Sternhell wenig später wiederholt hat: „Wenn die israelische Regierung nicht den Mut aufbringt, die Siedlungen aufzulösen, werden die Siedlungen dem Staat der Juden ein Ende setzen und ihn in einen binationalen Staat verwandeln⁹.“ Die Bestätigung für die Gefahr einer Implosion, die Dan Wischnitzer beschworen hat¹⁰, lieferte zur selben Zeit die Konfrontation zwischen Arabern und Juden in Akko. Andererseits ist die Warnung Helmut Gollwitzers überliefert worden: „Wo jüdisches Unrecht größer gemalt wird und mit strengeren Maßstäben gemessen wird als Unrecht anderswo, da regt sich Antisemitismus in moralischer Tarnung¹¹.“ Gerade in Deutschland lässt die Balance in Urteilen zu Israel und den Palästinensern allzu häufig zu wünschen übrig.

Zweierlei Solidarität

Wie problematisch sich die Verwechslung einer Solidarität mit dem Staat Israel und dem Volk Israel darstellt, will ich an einem persönlichen Erlebnis schildern: Im Frühjahr 1974 – also wenige Monate nach dem Oktoberkrieg – wurde das Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft mit ihrem Präsidenten Heinz Westphal an der Spitze vom israelischen Staatspräsidenten Salman Shazar empfangen. Wie bei solchen Gelegenheiten üblich, wurden Grußadressen ausgetauscht, wobei Westphal die deutsche Verantwortung für das Existenzrecht Israels betonte. Daraufhin belehrte uns ein Adjutant des Staatspräsidenten, dass Israel für sein Existenzrecht schon selbst sorgen würde. Die Peinlichkeit unter den deutschen Besuchern war mit Händen zu greifen.

Aus politischen, völkerrechtlichen und humanitären Gründen gibt es viele Anlässe, den Palästinensern in ihrem Anspruch auf nationale Unabhängigkeit zur Seite zu stehen. Dagegen lässt sich die historische Herleitung einer solchen Unterstützung aus der Shoah nur schwerlich begründen – trotz der regelmäßig in Erinnerung gerufenen Allianz des Muftis von Jerusalem Haj Amin el-Husseini (1895 – 1974) mit Hitler¹². Die zionistische Führung legte sich frühzeitig auf die Schaffung eines jüdischen Staates fest, der nur gegen den arabischen Widerstand durchzusetzen war. Nach den jüdischen Erfahrungen des Antisemitismus und der Pogrome erhielt die Gründung 1948 durch die Shoah den letzten Rechtfertigungsschub.

Dennoch beeinflusst die „Opfer der Opfer“-Relation, die erstmals von Edward Said (1935 – 2003) formuliert worden ist, unterschiedliche Meinungsspektren in Deutschland: Für die einen ist die Shoah, um den Satz von Marek Halter zu variieren, der solideste Schutzschild gegen Anfechtungen, um sich zeitgeschichtlichen Komplexitäten zu entziehen¹³, für die anderen ist sie ein Ärgernis, das nur durch die absolute Identifizierung mit den tatsächlichen oder vermeintlichen Opfern aus der Welt geschafft werden kann. Für beide gilt, dass ihre Träger die Ambivalenz nicht ertragen können, „einen Gegenstand oder ein Ereignis mehr als einer Kategorie

zuzuordnen“¹⁴. Vor nunmehr 35 Jahren hat Yehoshafat Harkabi (1921 – 1994), die israelische „Taube à la Macchiavelli“¹⁵, Israels vermeintlich „überlegene(n) ethische(n) Qualitäten“ in Zweifel gezogen, die seinen Sieg 1973 gekrönt hätten, während er den „Tauben“ vorwarf, „das Wesen des Konflikts“ mit der arabischen Welt in seinem Ausmaß herunterzuspielen¹⁶. Diese Warnung hat Fania Oz-Salzberger nicht daran gehindert, jüngst den Rabin-Mörder Yigal Amir als einen „zutiefst idealistische(n) Nationalist(en)“ zu preisen und darüber die eigene kognitive Dissonanz zu übersehen, wenn sie sich im selben Atemzug zu den Anhängern der „souveräne(n), liberale(n) Demokratie“ Israels zählt¹⁷.

Die Dominanz der Extremisten

Die Hirngespinnste von einem „Greater Israel“ in der Trägerschaft der radikalen Siedlerbewegung liegen mit den Sympathien für ein „Greater Palestine“ bei „ Hamas“ gleichauf. So wie der Rückbau der Siedlungen in der Westbank und im einst arabischen Teil Jerusalems unweigerlich einen Bürgerkrieg nach sich ziehen würde, hat der Zugriff der Islamischen Widerstandsbewegung¹⁸ auf alle Teile der palästinensischen Gesellschaft den Rang einer starken Kraft erreicht, die das von Yasser Arafat und den divergierenden Kräften in der PLO im weiteren und bei „Fatah“ im engeren Sinne zu verantwortende politische Führungsvakuum auffüllt. Von der israelischen Politik wird es ausgenutzt, wie es die Briten gegenüber dem „Arab Higher Committee“ seit den 1930er Jahren taten und an dessen Fortdauer die umliegenden arabischen Regimes aus nationalem Kalkül beträchtlichen Anteil hatten.

Die aufgerissenen Gräben führten dazu, dass die palästinensische Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg auf sich allein gestellt war und zwischen die Mahlsteine der unvereinbaren ägyptisch-jordanisch-syrischen und der jüdisch-israelischen Territorialansprüche geriet. Dieser Antagonismus hat sich auf die palästinensische Innenpolitik verlagert: Der Soziologe Khalil Shikaki (Ramallah) hat auf die Ironie

hingewiesen, dass Machmud Abbas die Übergangsregelung eines palästinensischen Staates mit vorläufigen Grenzen ablehne, während die kompromisslosen Elemente bei „ Hamas“ genau dies wünschen¹⁹, weil ihnen das Provisorium ein Sprungbrett für weitere territoriale Gewinne bieten würde. Folgerichtig haben hochrangige US-Diplomaten im November 2007 in einem Brief an George W. Bush einen Dialog mit den Islamisten verlangt²⁰ – ein Anliegen, das Jimmy Carter fünf Monate später aufgenommen hat. Nachdem die Kontakte Brüsseler Beamter mit nachgeordneten Repräsentanten von „ Hamas“ nach dem Boykottbeschluss vom Juni 2006 nicht abgerissen waren, weil entgegen allen Bemühungen die Hilfen des im Juni 2006 geschaffenen „ Temporary International Mechanism“ ohne Einschaltung der „ Hamas“ ihre Empfänger nicht hätten erreichen können, hat der französische Außenminister Bernard Kouchner im Mai 2008 „ Kontakte“ zu Ismail Haniyeh im Gazastreifen und den „ Hamas“-Ideologen Machmud Zahhar bestätigt.

Gleichwohl sticht im israelisch-palästinensischen Polaritätssystem ein gravierender Unterschied ins Auge: Sollten die Verhandlungen in die Gründung eines souveränen und lebensfähigen Staates Palästina münden, wäre der Rückhalt für „ Hamas“ allen Umfragen zufolge zumindest in Frage gestellt, wenn nicht gar gebrochen. Einen frühen Beleg dafür bot das Ergebnis einer Meinungsumfrage unter 4500 Flüchtlingen im Gazastreifen, in der Westbank, in Jordanien und Libanon von Ende 2005, wonach lediglich zehn Prozent nach Israel zurückkehren und nur ein Prozent die israelische Staatsbürgerschaft annehmen wollen. Der Rest wolle sich entweder im künftigen Staat Palästina beziehungsweise in den Gebieten, die zwischen beiden Staaten ausgetauscht würden, niederlassen oder dort bleiben, wo sie gegenwärtig leben, die meisten von ihnen in Jordanien²¹. Liefere eine aktuelle Umfrage in dieser für den Konflikt zentralen Frage („ core issue“), die nur mit dem Streit um Jerusalem vergleichbar ist, auf dramatischere Resultate hinaus, müssten die Ursachen auf die verschärften israelischen Repressionen zurückgeführt werden. Der heute immer wieder zu hörende Satz „ Allah wird für Gerechtigkeit sorgen, und wenn nicht in unserer Generation,

dann in der unserer Söhne“ gibt diese Stimmung wieder und lässt sich als Drohung oder als Resignation interpretieren. Dass erstere nicht von der Hand zu weisen ist, kann aus den Rufen „Mit Blut und Feuer werden wir Palästina zurückgewinnen“ – am Fuß des Kibbutz Kfar Giladi in Obergaliläa finden wir einen Gedenkstein mit der Parole Joseph Trumpeldors (1880 – 1920): „In Blut und Feuer ist Judäa gefallen, in Blut und Feuer wird Judäa erstehen“ – bei den Massenkundgebungen aus Anlass des „Tages der Nakba“ am 14. Mai 2008 in Ramallah, von den Stimmungen bei den Demonstrationen in Gaza-Stadt ganz zu schweigen, geschlossen werden.

Zu erwarten ist, dass die Palästinenser nur im Falle voller nationaler Souveränität die Idee eines „wahren Islam“ aufgeben. Dann ergäbe sich die Chance, das Verhältnis zwischen Politik und Religion neu auszutarieren und „ Hamas“ aus der Ecke der Verhandlungsverweigerung herauszuholen, zumal da sie keine ideologisch homogene Gruppierung bildet. Zur Begleitung einer solchen Perspektive würde allerdings gehören, dass es der Autonomiebehörde gelingt, vor allem in den großen Kommunen der Westbank für Ruhe und Ordnung zu sorgen, ohne sich auf israelische, europäische und US-amerikanische Bajonette zu stützen. Doch auch dabei sind Mahmud Abbas und sein Ministerpräsident Salam Fayyad angewiesen.

Politik und Diplomatie oder „Gottes Shalom“

Jede deutsche Stellungnahme wird nicht um die Entscheidung herumkommen, wen sie meint, wenn sie von „Israel“ spricht. Um bei der Politik und in der politischen Publizistik zu bleiben: Ehud Olmert, Benjamin Netanyahu und Avigdor Lieberman oder Noemi Chazan, Galia Golan, Zeev Sternhell und Uri Avnery: hier die blanke Macht, dort intellektuelle Introspektion. Die Zukunft des jüdischen Volkes hänge nicht vom Staat Israel ab, hat Yeshayahu Leibowitz (1903 – 1995) überdies betont²² – und damit gleichzeitig die Bedeutung der „Diaspora“²³ für sein Überleben hervorgehoben. Die theologische Behauptung, wonach Gottes Treue zum Volk Israel auch den Staat Israel

einbeziehe, und zwar in jeglicher Gestalt – wie wir gehört haben²⁴ –, wäre nur dann hinlänglich einleuchtend, wenn vor Ort entschieden wäre, ob Israel der „Staat der Juden“ oder der „jüdische Staat“ ist. Letztere Definition würde voraussetzen, dass es der politische Zionismus (hätte er es überhaupt gewollt!) geschafft hätte, aus allen Israelis fromme Juden zu machen²⁵, und zwar nicht nur „im Geiste der Religion“²⁶, sondern im normativen Verständnis der „Halacha“ mit ihren vier kategorischen Imperativen: der biblischen Grundlegung des Volkes Israel, des kollektiven Glaubens an Gott als Schöpfer der Welt, der Thora als Primärquelle Seiner Offenbarung sowie der 613 Gebote („Mitzvot“) als verbindliche Anweisungen für den praktischen Alltag²⁷.

Jede Idealisierung, ob politisch oder weltanschaulich eingefärbt, nimmt ihre Objekte nicht ernst und verdrängt die Nüchternheit gegenüber realen Tatbeständen: Die Siedlungen in den palästinensischen Gebieten wurden nicht aus vornehmlich strategisch-sicherheitspolitischen Erwägungen angelegt, vielmehr stand hinter ihnen das Konzept der „Erlösung des jüdischen Volkes“ mittels der Heimkehr Gottes in Sein Land, ohne das Er nicht länger sein könne²⁸ – der Dreiklang aus Volk, Thora und Land Israel, der in der britischen Mandatszeit entfaltet und nach 1967 seine Vollendung finden sollte. Mit der damaligen Eroberung Judäas und Samarias schien die Zeit herangereift, in der aus der nationalen Wiedergeburt des Volkes Israel die umfassende Heiligung Gottes, der *Shalom*, hervorgehen würde²⁹, die „konkrete Erlösung in unserer Zeit“³⁰. Da Gott Seine Wunder nicht zwecklos tue, dürfe keine Regierung die Einheit (*Shlemut*) des Landes antasten³¹. Zumal nach Auschwitz darf es nach Emil Fackenheim (1916 – 2003) kein Jude mehr wagen, dem Gott der Geschichte zu widersprechen³².

Dem erstrebten Einklang mit Ihm erscheint jeder Souveränitätskompromiss als die endgültige Zerstörung der theologischen Integrität des jüdischen Volkes durch einen ethisch frei vagabundierenden Kosmopolitismus. Während dem Zionismus diese universalhistorische Rolle immanent sei, lasse sich der Nationalismus der Völker – also auch der

palästinensische – lediglich kulturell begründen³³. Ohne sich über die Völker zu erheben, stehe Israel im göttlichen Heilsplan hierarchisch an der Spitze. Zvi Yehuda Kook (1891 – 1982), der spirituelle Mentor der Siedlerbewegung, schrieb: Das Land, die materielle Realität der spirituellen Einwohnung Gottes (*Shchina*),

„ist das Erbe unseres Vaters Abraham. Deshalb kann es ein für allemal keinen Zweifel daran geben, dass es hier keine arabischen Gebiete und keine arabischen Böden gibt, sondern nur Böden Israels, das als ewiges Erbe unseren Vätern gegeben worden ist, zu dem andere kamen und darauf bauten, ohne unsere Zustimmung und unsere Präsenz, und wir haben das Erbe unserer Väter nie aufgegeben und verkauft, wir haben beständig gegen die grausame und künstliche Kontrolle dieser Länder protestiert. Deshalb haben wir die [religiöse] Verpflichtung, sie zu befreien und sie nie aufzugeben. Denn dieses ganze Land in all seinen biblischen Grenzen gehört zur Herrschaft des Volkes Israel³⁴.“

So erklärt sich jener Widerstand gegen einen „hypothetischen [das heißt politischen] Frieden“³⁵ gegenüber der Verheißung Seines ewigen Friedens. Für die Tel Aviver Historikerin Idith Zertal hat die Politik vor den Erpressungen der Siedler kapituliert³⁶. Ihr Kollege Moshe Zuckermann beklagte den „nationalreligiöse(n) Chauvinismus“³⁷.

Dass der Staat Israel, sein politisches und gesellschaftliches Leben zutiefst von der allgemein menschlichen Qualität des „trial and error“ geprägt ist, bedarf keiner näheren Erläuterung. Aufmerksamkeit dürfen jedoch Analysemodelle der Selbstdeutung beanspruchen, in der „unglaubliche(n) Vielfalt zionistischen Denkens“ (Shlomo Avineri)³⁸ kategoriale Ordnungen zu entdecken. Dazu hat der Jerusalemer Sozialphilosoph Eliezer Schweid vier Hauptrichtungen ausgemacht: religiöser Zionismus, Staatszionismus, spiritueller und sozialistischer Zionismus³⁹, während der an der Bar Ilan-Universität lehrende Politologe Daniel J. Elazar eine weitere, die „liberale Revolution“ für die Herausbildung der israelischen Identität entdeckt zu haben glaubte⁴⁰. A.B. Yehoshua fügte ihr

mit einem „faschistischen Zionismus“ eine sechste Kategorie hinzu⁴¹. Über der Kluft zwischen religiösen und säkularen Juden – letzteren ist der Traditionalismus keineswegs fremd⁴² – ist jene „tickende Bombe“ im Zionismus vergessen worden, die das israelische Gemeinwesen von innen her zu sprengen droht: die Radikalisierung der Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit nach den Jahrzehnten ihrer Vernachlässigung und Diskriminierung⁴³.

Viele Seiten haben sich allzu wohligh im Unglauben an den Frieden eingerichtet, den der Jerusalemer Historiker Jehuda Leib Talmon (1916 – 1980) frühzeitig als das schwerste Hindernis bezeichnet hat⁴⁴. Die meisten Israelis wünschen sich Frieden, glauben aber nicht daran, oder – um Uri Avnery zu zitieren: Neunzig Prozent glauben nicht an Gott, aber alle an die Verheißung des Landes. Trotz der Kriegs- und Konfliktmüdigkeit herrscht ein breiter Konsens in Fragen der Konfliktlösung von links bis rechts. Er hat sich in jener zentralen Sicherheitsdoktrin verfangen, die als politisch-theologisches Zwei-Lager-Dogma kollektiv verankerte Theorien begründet hat⁴⁵:

– die militärischen Prämissen der Offensive und Eskalation unter Einschluss einer atomaren „Samson-Option“⁴⁶, die von der unveränderlichen Feindschaft „der Araber“ und „des Islam“ überzeugt ist. Dazu passt eine repräsentative Umfrage vom April 2008, wonach nicht weniger als 78 Prozent der jüdischen Israelis die militärischen Erfolge lobten und 66 beziehungsweise 70 Prozent nicht an eine Vereinbarung mit Syrien und den Palästinensern glauben wollten und gleichzeitig das Vertrauen in die Politik darniederliegt⁴⁷. Der Übergang vom Generalstab in die Politik ist selbstverständlich, wie wir an Yitzhak Rabin, Ariel Sharon („The Warrior“⁴⁸) und Ehud Barak sehen, um nur die prominentesten Figuren zu erwähnen. Nachdem er nach Ausbruch der zweiten „Intifada“ sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht hatte, dass das israelische Militär 1948 nicht alle Araber vertrieben habe, hat der in Beersheva lehrende „neue Historiker“ Benny Morris jüngst einen atomaren Präventivschlag gegen Iran befürwortet⁴⁹. „Sie [die

Feinde Israels] werden Krieg gegen dich führen, aber sie werden dich nicht bezwingen“, lesen wir beim Propheten Jeremias⁵⁰;

– die Außenpolitik als Konsequenz und Ausfluss dieser als definitiv wahrgenommenen Bedrohung, die von der Shoah in Europa und von der sechzig Jahre alten Geschichte des Staates Israel im Nahen Osten nachdrücklich unter Beweis gestellt worden sei. Dieser ewigen Wehr- und Schutzlosigkeit müsse zwar an der Pflege guter Beziehungen zur westlichen Welt einschließlich zu den USA gelegen sein, ohne sich aber letztlich auf sie verlassen zu können; der israelische Soziologe Asher Arian hat dafür den Begriff „People Apart Syndrome“ geprägt⁵¹. Sucht man für diese Einstellung wiederum einen biblischen Beleg, so findet man ihn im Fluch Bileams, den Gott ihm in den Mund legt: „das Volk, das allein wohnt“⁵² – eine „Belagerungsmentalität“, die in dem israelischen Slogan „alle sind gegen uns“ („kulam negdeinu“) zusammengefasst ist⁵³. Seit zweitausend Jahren befinde sich das jüdische Volk im Konflikt mit dem Rest der Welt, hat A.B. Yehoshua diesen ideologischen Selbstläufer aktualisiert⁵⁴.

Die „iranische“ gegen die palästinensische“ Karte?

Der seit Machmud Achmadinedjas Drohungen notorische Hinweis in Deutschland, dass gegenwärtig die Solidarität mit Israel allein schon durch die tödliche Gefahr eines iranischen Atomwaffenprogramms geboten sei, kommt allzu häufig als eine Beschwichtigung daher, die der „palästinensischen Karte“ das politische Gewicht nehmen will. Auch wenn man die nahöstlichen Regelungsprioritäten unterschiedlich einschätzt, so ist doch eines klar: Vom israelisch-palästinensischen Konflikt strahlen Impulse in die gesamte arabische Welt aus. Lässt er sich mit der Gründung eines souveränen und lebensfähigen Staates Palästina beenden, wird sich dieses Signal als politische Dividende auch an anderen Unruheherden auszahlen⁵⁵. Deshalb ist jede Entschlossenheit im Westen zu begrüßen, mit je eigenen Mitteln zur Beruhigung und Stabilisierung beizutragen, wie sie in der gemeinsamen

Erklärung des Vatikans mit iranischen Theologen zum Verhältnis von Religion, Vernunft und Gewalt thematisiert worden ist⁵⁶.

Der Antisemitismus kann nicht durch Islamophobie besiegt und überwunden werden⁵⁷, weil er die Theorie einer jüdischen Weltverschwörung schlicht durch ein neues religiöses Vorzeichen zu ersetzen sucht. Belege für die außerweltliche Dämonisierung „des Islam“ stützen sich aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse des Arabischen und des Farsi vielfach auf Quellen wie die israelischen beziehungsweise Israel nahestehenden Internet-Auftritte „MEMRI“ (Yigal Carmon), „Palestinian Media Watch“ (Itamar Marcus) und „Honestly Concerned“, die aus ihrer Ablehnung einer Friedenspolitik gegenüber der arabischen Welt und den Palästinensern keinen Hehl machen, obwohl Friedenspolitik und Gefahrenabwehr die zwei Seiten einer Medaille sind und zusammengehören.

Versuch eines Fazits

Bei einem Fazit will ich mich auf neun zielführende Überlegungen beschränken:

1. Solidarität lässt sich nicht im historisch luftleeren Raum entwickeln und üben. Sie ist keine Einbahnstraße, sondern gründet auf kongruenten Überzeugungen und Interessen.
2. Die Verbundenheit mit Israel kann nicht allein mit dem Hinweis auf die Verantwortung für die Shoah begründet werden. Als die rund 50 000 Juden aus Deutschland, die bis 1939 in Palästina einwanderten, im Rahmen des „Haavara“-Abkommens knapp 140 Millionen Reichsmark mitbrachten und damit das jüdische Gemeinwesen in Palästina festigten⁵⁸, war die „Endlösung der Judenfrage“ nicht beschlossen, und der politische Zionismus und seine Institutionen blickten auf eine Epoche zurück, die durch politische, ökonomische und soziale Konflikte mit den Palästinensern gekennzeichnet war. Daraus ist zu folgern, dass die politische Solidarität mit dem jüdischen Volk in

Israel das arabische Volk in Palästina⁵⁹ im Wissen darum einschließen muss, dass beide Völker die einzigen natürlichen Verbündeten in der Region sind. Nur sie können miteinander Frieden schließen. Um der inzwischen allseits beliebten Methode der agitatorischen Manipulation der Shoah für durchsichtige aktuelle politische Interessen zu entgehen, sollten Diskussionen über das Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts von Auseinandersetzungen über den Nahostkonflikt abgekoppelt werden, ohne zeitnahe Kontexte zu vernachlässigen⁶⁰. Das macht die deutsche politische Verantwortung nicht leichter.

3. Für Christen ist Israel nicht nur das Heilige Land. In den USA stehen die evangelikalen Zionisten neuerdings auch von jüdischer Seite in der Kritik⁶¹. Eine religiöse Überhöhung des Staates Israel gerät in gefährliche Nähe zur politischen Theologie Carl Schmitts, dessen Theoreme auf den ersten Blick den Zeitgeist-Aussagen von Achad Haam (Asher Ginsberg 1856 – 1927) entsprechen, wonach „[j]edes jüdische Individuum ... lediglich ein Glied des jüdischen Volkes (ist)“⁶² – wenn man nicht wüsste, dass Achad Haam einen Kulturzionismus vertrat und ein scharfer Kritiker des vorherrschenden etatistischen Denkens war. In der Abwehr des überkommenen „Rabbinikalismus“ (Amirama Golan) war er sich bemerkenswert einig mit Abraham Isaac Kook (1865 – 1935), dem 1921 von den Briten eingesetzten ersten aschkenasischen Oberrabbiner in Palästina, der sich gegen die „proste frumkeit“ („grobe Frömmigkeit“) in Kreisen der orthodoxen Pedanterie verwahrte⁶³; im Nachgang konstatierte Scholem „einen eher fruchtbaren als zerstörerischen Konflikt“ zwischen den Idealen des rabbinischen „Talmid Chacham“ und des zionistischen „Chaluz“ – schärfer noch: „Der Staat Israel und sein Aufbau ist ein Unternehmen, das dem jüdischen Volk dienen soll, und wenn diese Zielsetzung ihm entzogen wird, verliert er seinen Sinn und wird sich in den Stürmen dieser Zeitläufte nicht lange behaupten“⁶⁴.“ Eine christliche Moral deutscher Prägung, die den jüdischen Nationalismus auf die Stufe der Heiligkeit hebt⁶⁵ und ihn damit in die Nähe einer

messianischen Verheißung rückt⁶⁶, leugnet den einzelnen Menschen als verantwortliches Geschichtssubjekt.

4. Jede deutsche Parteinahme muss wissen, dass sie in Israel und in Palästina politisch einflusslos ist, aber in deutschen Regierungskreisen zugunsten eines Friedens zwischen beiden Völkern wirken kann. Für Israel hat der damalige Kulturstaatssekretär im Bundeskanzleramt Klaus Naumann die Antwort Yitzhak Rabins auf die Frage überliefert, was die Deutschen im Nahen Osten nicht tun sollten: „Es ist ganz egal, was ihr macht, ihr spielt keine Rolle“, lautete die brüske Antwort des damaligen Ministerpräsidenten⁶⁷. Drei Wochen vor dem Besuch Angela Merkels, am 2. März 2008, sprach Olmert dem Ausland jedes Recht auf Kritik ab. Ohne vorherige Konsultation seines strategischen Partners in Washington, der Syrien zur „Achse des Bösen“ rechnet, kündigte Olmert im Mai die Wiederaufnahme der im Frühjahr 2000 abgebrochenen Verhandlungen mit Damaskus an, bei denen die israelische Regierung nicht um ein Arrangement zu den Golanhöhen herumkommen wird – obwohl dieses Territorium Mitte Dezember 1981 förmlich annektiert worden war.

5. Die Ausblendung nahöstlicher Realitäten und Diskurse läuft auf die Unterstützung der „hard-liner“ im politischen Establishment beider Seiten hinaus, die – stärker noch in Israel – die bürokratischen Apparate und die digitalen Medien beherrschen. „Wenn du dich gegen einen Holocaust verteidigst, kennt das Ausmaß der Gewalt keine Grenze, und die Verteidigung hat nur ein einziges Ziel: das eigene Überleben“, hat der politische Kommentator der konservativen Zeitung „Maariv“ selbstkritisch ausgeführt⁶⁸. Für den an der Bar Ilan-Universität lehrenden Politologen Menachem Klein, der zum inneren Kreis des israelischen Teams der „Genfer Initiative“ gehörte, droht der Komplex aus Militär, Siedlungen und Bürokratie nicht nur die Palästinenser, sondern auch den Staat Israel zu ersticken⁶⁹.

6. Die Epoche des laizistischen Nationalismus in der arabischen Welt und in Israel ist vorüber. Damit sind

Demokratie, Rechtsstaat und intellektueller Pluralismus herausgefordert. Diese Gefahr sollten diejenigen reflektieren, die trotz aller widerständigen Belege von Israel als der einzigen Demokratie im Nahen Osten schwärmen, während die anderen sich darüber Rechenschaft ablegen sollten, warum sie aus dem Wahlsieg der scharf antimodernistischen „Hamas“ deren demokratische Gesinnung ableiten. Nicht jede Kritik an israelischen Menschenrechtsverletzungen trägt dazu bei, sie zu beenden. Zur Debatte steht, ob sie darauf abzielt, die Existenz des Staates Israel zu delegitimieren. Für die Palästinenser gilt, dass sie nicht unvermittelt auf die UN-Teilungsresolution vom November 1947 zurückgreifen können, solange sie behaupten, dass die Folgen von Antisemitismus und Shoah nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden dürfen⁷⁰, mithin auf eine jüdische Rückwanderung nach Europa setzen. Gilt diese Forderung auch für die jüdischen Israelis aus orientalischen Ländern?

7. Die Option der Zweistaatenregelung läuft aus. Nach einer Besichtigungstour im März 2008 durch die Westbank ist der frühere US-Generalkonsul in Jerusalem, Ed Abington, mit dem Eindruck zurückgekehrt, dass die Zweistaatenregelung „tot wie ein Türnagel“ sei⁷¹. Wenn sie sich nicht durchsetzt, stehen in Deutschland auch die landeskirchlichen Beschlüsse zur Disposition. Ihr gegenüber gewinnen andere staatspolitische Modelle an Boden, denen eines gemeinsam ist: Sie verschärfen und dramatisieren den Konflikt. Der linker politischer Neigungen unverdächtige Geograph an der Universität Haifa, Arnon Soffer, hat die Siedler als diejenigen Kräfte in Israel bezeichnet, die die Schaffung eines binationalen Staates herbeiführen und die zum anderen glauben und hoffen, dass die Araber Palästinas das Land verlassen werden. Nach Soffers Projektion werden die Palästinenser im Jahr 2025 zwischen Mittelmeer und Jordansenke mit 8,420 Millionen Menschen 55 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen⁷². Wenn sich die Zweistaatenregelung nicht durchsetzen lässt, nahen endgültig südafrikanische Verhältnisse – nicht unbedingt in Gestalt des alten Apartheid-Regimes, sondern als die fortwährende Präsenz internethnischer und sozial bedingter

Gewaltausbrüche in Kombination mit kriminellen Energien. Die Metapher des in Oxford lehrenden Philosophen Brian Klug von der „Regenbogengesellschaft“ findet ihr Widerspiel im Selbstverständnis und in der Flagge der Republik Südafrika. Von den Unruhen werden die umliegenden arabischen Staaten nicht verschont bleiben – als ob nicht endogene Faktoren schon jetzt ihre Stabilität gefährden würden.

8. Der Konflikt um die Westbank und das arabische Jerusalem untergräbt die Beziehungen der jüdischen Israelis zu den arabischen Staatsbürgern, die die Integrität des Staates Israel bedrohen⁷³.

9. Jenseits seiner gegenwärtig geringen Resonanz in der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung ist und bleibt der Friedensvertragsentwurf der „Genfer Initiative“ – anders als der Arabische Friedensplan seit 2002 in Gestalt einer Prinzipienklärung – in seiner detaillierten Ausgewogenheit des Gebens und Nehmens gleichsam das letzte verzweifelte Bemühen um politische Vernunft⁷⁴. In dem Wissen, dass die milliardenschweren Hilfen aus Europa den Aufstieg von „Hamas“ keinen Einhalt geboten haben, hat die öffentliche Erklärung „Glückwünsche und Sorgen“ aus Anlass des 60. Gründungsjahres Israel die Bundesregierung aufgefordert, das deutsche und europäische Gewicht zur Beendigung des Konflikts zu verstärken, statt sich allein mit Finanztransfers für die Palästinensische Autonomiebehörde zu beschränken⁷⁵. Es bedarf keiner besonderen Gaben, um auch der für den Juni 2008 angekündigten internationalen Berliner Konferenz das Schicksal des Scheiterns vorauszusagen. Die Beschränkung ihrer Agenda auf die Ausbildung der Polizeikräfte und der Stärkung der Justiz in Palästina ist für eine „Friedenskonferenz“ zu schmalbrüstig.

Aus einer zeitgeschichtlichen Warte hat Yossi Beilin vor zwei Jahren an die Adresse der deutschen Bundesregierung geschrieben:

„Als Israeli wünsche ich mir und erwarte sogar von europäischen Ländern, dass sie von ihren bilateralen Beziehungen zu Israel Gebrauch machen, damit die Sache des Friedens in jeder Hinsicht gefördert wird. Dazu gehören auch kühne politische Initiativen. Da Leser dieses Buches von Reiner Bernstein höchstwahrscheinlich Deutsche sind, füge ich hinzu, dass die besonderen Beziehungen, die unsere beiden Länder verbinden, in einen konstruktiven Dialog über die Zukunft und nicht allein über die Vergangenheit umgesetzt werden sollten. Ich habe meinen deutschen Gesprächspartnern oft gesagt, dass wahre Freundschaft nicht blinde Unterstützung und diplomatische Hängepartien auf dem Rücken dessen, was Israel auch immer tut, bedeuten darf. Sie muss stattdessen eine klarsichtige Vision und einen offenen Meinungs austausch über Israels beste dauerhafte Interessen einschließen, die nach allen Erfahrungen die Interessen des Friedens sind⁷⁶.“

Eine Freundschaft, die sich gegenseitig nicht die Wahrheit sagt, brauche er nicht, hat Beilin kurz vor dem Besuch der Bundeskanzlerin hinzugefügt⁷⁷. Dass die in deutschen offiziellen Verlautbarungen ihren Niederschlag findende Sicherheitsdoktrin Israels die gleichlautenden palästinensischen Interessen berücksichtigen muss, kann sich auf die klassischen Spitzen der diplomatischen und politischen Publizistik in den USA um Autoren wie Zbigniew Brzezinski, Thomas L. Friedman, Richard N. Haas, Daniel C. Kurtzer, Robert Malley, Aaron David Miller, Robert H. Pelletreau, Thomas R. Pickering, Henry Siegman und Brent Scowcroft berufen⁷⁸. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden solche Stimmen nach den Präsidentschaftswahlen im November 2008 politisch an Gewicht gewinnen, gleichgültig ob Barack Obama, Hillary Clinton oder John McCain das Rennen macht.

Araber blicken auf die Epoche nach Bush, während Israelis befürchten, einen Alliierten zu verlieren, analysierte die „New York Times“ zum Abschluss der zweiten Nahosttour des US-Präsidenten innerhalb von fünf Monaten⁷⁹. Seine Außenministerin Condoleezza Rice erwartete bis zum Jahresende nur noch Verabredungen zwischen der israelischen Regierung und der Autonomiebehörde. Da beide Seiten zu

ihrer Implementierung auf Washington angewiesen sind, ist nichts geklärt, bevor nicht alles geklärt ist. Der frühere US-Botschafter in Kairo und Tel Aviv, Daniel C. Kurtzer, forderte kürzlich die israelische Regierung auf, „klar und deutlich“ auf, seinen – Kurtzers – jüdischen Landsleuten zu erklären, dass „nur die Zweistaatenlösung die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes in seiner demokratischen nationalen Heimstätte“ gewährleiste⁸⁰.

Mit „historischer Gerechtigkeit“ hat der Frieden zwischen Israelis und Palästinensern nichts zu tun.

¹ Formalisierte und ergänzte Fassung des Referats am 3. Mai 2008 auf der Tagung „Gottes Augapfel: Den Heiden eine Torheit, den Christen ein Ärgernis? Die Kirchen und der Staat Israel“ des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Bonn-Bad Godesberg.

² Dr. Moshe Tavor war damals der Israel-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Ihm und einem über mehrere Jahre geführten Briefwechsel mit dem Jerusalemer Erziehungswissenschaftler Prof. Akiva Ernst Simon (1899 – 1988) verdanke ich frühe Einsichten in die Komplexität der deutsch-israelischen Beziehungen. Ernst Benda war bis 1969 Bundesinnenminister in der Großen Koalition, bevor er zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe ging, deren Präsident er später wurde. Ich selbst war zwischen 1971 und 1977 Leiter des Bonner Büros der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.

³ Gershom Scholem: Briefe. Band II: 1948 – 1970. München 1995.

⁴ Solidarität mit Israel als moralisches Gebot. Die 13 Thesen des SPD-Bundestagsabgeordneten Olaf Schwencke zu einer deutschen Standortbestimmung, in „Frankfurter Rundschau“ 26.6.1980, S. 5.

⁵ Bundeszentrale für politische Bildung: Zur Studie „Nahost-Berichterstattung in den Hauptnachrichten des deutschen Fernsehens“ (Interview mit Thomas Krüger), Bonn, o.J. Die Studie untersuchte die Berichterstattung in den elektronischen Medien im Jahr 2002.

⁶ Werner Bergmann and Wilhelm Heitmeyer: Communicating Anti-Semitism–Are the „Boundaries of the Speakable“ Shifting?, in „Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik“, in „Tel Aviver Jahrbuch 2005 für deutsche Geschichte“, S. 70 ff.

⁷ Diese These wurde von dem damaligen israelischen Botschafter in Deutschland, Shimon Stein, bei einer Podiumsdiskussion 2005 in München vertreten.

⁸ Gemeinsames Interview von Noam Chomsky und Ilan Pappé im Mai 2008, via www.epednews.com/articles/Noam-Chomsky-Ilan-Pappe-In-by-Duffer2205-080925-957.html.

⁹ Zeev Sternhell: Colonial Zionism, in „Haaretz“ 17.10.2008.

-
- ¹⁰ Dan Wischnitzer: Die Barriere – Annexion geht vor Sicherheit, in der Menüleiste „Berichte aus Israel und Palästina“ dieser Homepage.
- ¹¹ Vorgetragen von Norbert Gansel (SPD) am 11.03.1988.
- ¹² Dazu der Beitrag von Gert Krell: Die Last der Geschichte. Der Holocaust und der Nahost-Konflikt, in www.genfer-initiative.de.
- ¹³ Marek Halter: 3000 Jahre Israel, 60 Jahre Unabhängigkeit, in „Welt am Sonntag“ 11.5.2008, S. 13.
- ¹⁴ Zygmunt Bauman: Moderne und Ambivalenz: Das Ende der Eindeutigkeit. Frankfurt/Main 1995, S. 13.
- ¹⁵ Edy Kaufman: Israeli-Palestinian Coauthoring: A New Development Toward Peace?, in „Journal of Palestine Studies“ # 88, XXII(Summer 1993)4, S. 32 ff.
- ¹⁶ Yehoshafat Harkabi. Friede zwischen Juden und Arabern?, in „DIE ZEIT“ 21.12.1973.
- ¹⁷ Fania Oz-Salzberger: Die Zukünfte der israelischen Gesellschaft, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 17/2008 vom 21.5.2008, S. 6 ff.
- ¹⁸ „Hamas“ ist das Akronym für „Islamische Widerstandsbewegung“.
- ¹⁹ Khalil Shikaki: With Hamas in Power: Impact of Palestinian Domestic Developments on Opinions for the Peace Process. Working Paper 1. Brandeis University, February 2007.
- ²⁰ Näheres in meinem Beitrag „Our Middle East“ in dieser Menuleiste.
- ²¹ Khalil Shikaki: Willing to Compromise. Palestinian Public Opinion and the Peace Process, Special Report 158, January 2006.
- ²² Jeshajahu Leibowitz: Gespräch über Gott und die Welt. Frankfurt/Main 1990, S. 78 + S. 84 ff.
- ²³ Dem Begriff „Diaspora“ wohnt jüdisch-traditionell ein minderer Rang inne als dem „Zentrum“, vgl. etwa den Kommentar von Rashi (Salomon Ben Isaac, 1040 – 1105): „Die ihr im Exil zerstreut seid, ihr nährt euch in den Gärten anderer und sitzt in den Synagogen und Lehrhäusern.“ Abwertungen wie diese wurden in den vergangenen Jahren verschiedentlich vor allem von dem durch besondere Frömmigkeit nicht bekannt gewordenen Schriftsteller A.B. Yehoshua wiederholt, der zwischen dem „vollständigen“ und dem „Teiljuden“ unterschied (Avraham B. Yehoshua: Separating Religion from National Identity: Interview, in „Palestine-Israel Journal“ 8[2001]4 & 9(2002)1, S. 94 ff.): „In asking ourselves what the relationship is between Jew and Israeli, the answer is that the Israeli is the total Jew, the whole Jew, meaning the Jew who is living in a total, all-embracing Jewish reality... On the other hand, a Jew living in the Diaspora is only a partial Jew, because many aspects of life there, for example the language and politics, are not Jewish.“ Aus theologischer Sicht bietet das Buch des britischen Oberrabbiners Jonathan Sacks „One People? Tradition, Modernity, and Jewish Unity“ (London–Washington 1993) weitere Antworten zum Verhältnis von „Zentrum“ und „Diaspora“ an. Angesichts der schwindenden politischen Unterstützung unter den US-amerikanischen Juden berief Ehud Olmert im Februar 2008 eine Kommission, die das Verhältnis besonders zu dieser „Diaspora“ neu bewerten sollte.
- ²⁴ So die vorgetragene systematischen Belege von Marten Marquardt aus den „evangelischen Beobachtungen und Stimmen der letzten 30 Jahre“ auf der Tagung in Bonn-Bad Godesberg.

-
- ²⁵ Vgl. Gershom Scholem: Tagebücher nebst Aufsätzen und Entwürfen bis 1923. 2. Halbband 1917 – 1923. Herausgegeben von Carlfried Gründer, Herbert Kopp-Oberstebrink und Friedrich Niewöhner unter Mitwirkung von Karl E. Grözinger. Frankfurt am Main 2000, S. 75.
- ²⁶ So Micha Brumlik: Religion, Politik und Gesellschaft in Israel, in Alfred Wittstock (Hg.): Israel in Nahost – Deutschland in Europa: Nahtstellen. Wiesbaden 2001, S. 131 ff.
- ²⁷ Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000, S. 93.
- ²⁸ Eliezer Berkovits: Faith after the Holocaust. New York 1973, S. 1 + 144 f. Vgl. Deut. 30,5.
- ²⁹ Kommentar zu „HaRav Avraham Yitzhak HaCohen Kook: War and Peace“. Jerusalem 1997, S. 98.
- ³⁰ Tzvi Yehuda Kook: Torat Eretz Yisrael. The Teachings of HaRav Tzvi Yehuda HaCohen Kook. Commentary by HaRav David Samson. Jerusalem 1991, S. 99 ff.
- ³¹ Gil Hoffman: Tens of thousands rally against Jerusalem-area handovers, in „The Jerusalem Post“-Internet 16.5.2000.
- ³² Emil L. Fackenheim: God’s Presence in History: Jewish Affirmation and Philosophical Reflections. New York, London 1970, S. 6.
- ³³ BT-Avoda Zarah 2a; JT Hagiga 76c.
- ³⁴ Zitiert von Reiner Bernstein: Geschichte des Staates Israel. Von der Gründung bis heute. Schwalbach/Ts. 1998, S. 44.
- ³⁵ Moshe Kohn: Who’s Afraid of Gush Emunim? The Jerusalem Post Topic (1977), S. 34; Zvi Raanan: Gush Emunim. Tel Aviv 1980, S. 126 (Hebr.). Die Autoren zitierten Moshe Levinger.
- ³⁶ Idith Zertal: Sünde und Strafe. Israel und die Siedler, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 17/2008 vom 21.5.2008, S. 20 ff.
- ³⁷ „Zum Frieden gehört so viel Mut wie zum Krieg.“ Interview mit Moshe Zuckermann in „ZEIT“-online 2.5.2008.
- ³⁸ Shlomo Avineri: The Making of Modern Zionism. The Intellectual Origins of the Jewish State. New York 1980, S. x, und ders.: Profile des Zionismus. Die geistigen Ursprünge des Staates Israel. 17 Profile. Gütersloh 1998, S. 14.
- ³⁹ Eliezer Schweid: Der Zionismus nach dem Zionismus. Jerusalem 1996, S. 105 (Hebr.).
- ⁴⁰ Daniel J. Elazar: Israel: Building a New Society. Bloomington (Indiana) 1986, S. 2.
- ⁴¹ A.B. Yehoshua: People without a land, in „Haaretz“-online 12.5.2006. In einem weiteren Beitrag reagierte Yehoshua nach seinem Vortrag beim „American Jewish Committee“ auf Kritik an seinen Ausführungen. Dort habe er sich möglicherweise im Ton vergriffen und ungenaue Formulierungen verwendet (A.B. Yehoshua sends ‚deepest apologies‘ to AJC remarks, in „Haaretz“-online 15.5.2006).

-
- ⁴² Efraim Inbar: Israel at 60 Remains a Success Story, in „Perspective Papers“ # 41, 11.5.2008, ed. by „The Begin-Sadat Center for Strategic Studies“ at the Bar Ilan University.
- ⁴³ So schrieb der juristische Berater im israelischen Team der „Genfer Initiative“ Daniel Levy in einem Beitrag aus Anlass des 60. Gründungsjubiläums Israels: „In the West Bank, Israel imposes one of the longest, last remaining and most de-humanizing occupations in the world on [the] Palestinian population. Worse, the Palestinian-Arab citizens of Israel are not part of this nation-building exercise, subjected to ongoing and structurally-embedded discrimination.“ Der in London gebürtige Autor arbeitet inzwischen in Washington, D.C., als Direktor der „Prospect for Peace Initiative“ und als Direktor der „Century Foundation“ und der „New America Foundation“.
- ⁴⁴ J.L. Talmon: Israel Among the Nations. London 1970. Erneut Tom Segev: „Frieden ist ferner denn je“, Interview in der „Frankfurter Rundschau“ 2.5.2008.
- ⁴⁵ Eindrücklich Zeev Maoz: Defending the Holy Land. A Critical Analysis of Israel's Security & Foreign Policy. Ann Arbor 2006, passim.
- ⁴⁶ Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden, a.a.O., S. 4.
- ⁴⁷ The Tami Steinmetz Center for Peace Research at the University of Tel Aviv: War and Peace Index: April 2008.
- ⁴⁸ So der bezeichnende Titel seiner Biographie, New York et al.1989.
- ⁴⁹ „Letzte Chance ist eine israelische Atombombe“ (Interview mit Benny Morris), in „Der Standard“ (Wien) 12.5.2008.
- ⁵⁰ Jeremia 1,19.
- ⁵¹ Zitiert von Dov Waxman: The Pursuit of Peace and the Crisis of Israeli Identity. Defending / Defining the Nation. New York et al. 2006, S. 48 f.
- ⁵² Nehemia 23,9.
- ⁵³ Ich verdanke den Hinweis der in Genf lehrenden Soziologin Monique Eckmann, die den Begriff „Belagerungs-“ bzw. „Festungsmentalität“ dem israelischen Sozialpsychologen Daniel Bar Tal zuschreibt.
- ⁵⁴ „Die Araber hätten uns besiegen können.“ Der jüdische Autor Abraham Jehoschua sieht sein Volk seit 2000 Jahren im Konflikt mit dem Rest der Welt (Interview), in „Süddeutsche Zeitung“ 14.5.2008, S. 6.
- ⁵⁵ Kurtzer: Next U.S. President Must Give Priority to Arab-Israeli Talks (Interview), in „Council on Foreign Relations“ April 16, 2008. Daniel C. Kurtzer war Botschafter in Ägypten (1997 – 2001) und in Israel (2001 – 2005). Im April 2008 schloss er sich der Kampagne des demokratischen Präsidentschaftsbewerbers Barack Obama an.
- ⁵⁶ Der Text der Gemeinsamen Erklärung findet sich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ 2.5.2008, S. 2.
- ⁵⁷ So „Glückwünsche und Sorgen“, in „Frankfurter Rundschau“ 18.4.2008, S. 10. Die Erklärung wurde von Gert Krell, Micha Brumlik und mir vorbereitet.

-
- ⁵⁸ Alexander Schölch: Das Dritte Reich, die zionistische Bewegung und der Palästina-Konflikt, in „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte“ 30(1982)4, S. 646 ff.
- ⁵⁹ Ich benutze die Bezeichnung „Palästina“, obwohl seine staatspolitische Verfasstheit nicht existiert und den Eindruck von nationaler Souveränität vermitteln kann. „Palästina“ ist mithin im günstigsten Falle ein nationales Zukunftsprojekt.
- ⁶⁰ Dazu Judith Bernstein: „Lassen wir die Shoah dort, wo sie hingehört: in Deutschland und Europa als immerwährende Mahnung.“ Vortrag auf dem Friedensforum Kassel im Dezember 2006. Dazu Judith Bernstein: Der Holocaust und der Nahostkonflikt, in dieser Menuleiste.
- ⁶¹ Dazu jüngst Victoria Clark: *Allies for Armageddon: The Rise of Christian Zionism*. New Haven 2007, und Zev Chafets: *A Match Made in Haven*. New York 2007.
- ⁶² Achad Haam: *Am Scheidewege*. Gesammelte Aufsätze. Bd. I, Berlin 1923, S. 47.
- ⁶³ Ben Zion Bokser (ed.): *Abraham Isaac Kook. The Lights of Penitence, The Moral Principles, Lights of Holiness, Essays, Letters, and Poems*. Preface by Jacob Agus and Rivka Schatz [Uffenheimer]. New York, Ramsey, Toronto 1978, S. 45.
- ⁶⁴ Gershom Scholem. *Judaica 2*. Frankfurt/Main 1970, S. 65 + 72 f.
- ⁶⁵ Kritisch Leibowitz: Gespräch über Gott und die Welt, a.a.O., S. 117.
- ⁶⁶ Ablehnend Gershom Scholem: *Judaica 3*. Studien zur jüdischen Mystik. Frankfurt am Main 1987, S. 49, indem er den Zionismus und den Aufbau des Landes als den „fruchtbare(n) Rückzug der Juden in ihre eigene Geschichte und damit freilich [als] eine fruchtbare und nach Vergangenheit und Zukunft gleichermaßen geöffnete Paradoxie“ bezeichnete.
- ⁶⁷ Israel-Tage 9.-10. Mai 2005 der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin und Bonn anlässlich des 40. Jahrestages der Aufnahme der deutsch-israelischen Beziehungen, S. 48.
- ⁶⁸ Zitiert von Daniel Levy, Anm. 43.
- ⁶⁹ Menachem Klein: *Historical Success in Danger*, in *Demography and Environment*, in „The Middle East Institute“, Washington, D.C. (ed.): *Israel: Growing Pains at 60*. Washington, D.C., 2008, S. 60 ff.
- ⁷⁰ Erneut Rashid Khalidi: *Palestine. Liberation Deferred*, in „The Nation“ 8.5.2008.
- ⁷¹ First-hand report on current conditions in the „Holy Land“ from Ed Abington, former U.S. Consul-General in Jerusalem, March 2008.
- ⁷² Arnon Soffer: *Demography and Environment*, in „The Middle East Institute“, Washington, D.C. (ed.): *Israel: Growing Pains at 60*, a.a.O., S. 47 ff.
- ⁷³ Uzi Benziman: ‚After the holidays‘ have arrived, in „Haaretz“-online 26.10.2005.
- ⁷⁴ Dazu Reiner Bernstein: *Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern*. Schwalbach/Ts. 2006.

⁷⁵ Glückwünsche und Sorgen, a.a.O., s. Anm. 53.

⁷⁶ Bernstein: Von Gaza nach Genf, S. 112 f.

⁷⁷ Yossi Beilin: „So eine Freundschaft brauche ich nicht“, Interview in „DIE ZEIT“-online 15.3.2008.

⁷⁸ Vgl. Reiner Bernstein: Our Middle East; ders: Der israelisch-palästinensische Konflikt und die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, beide in dieser Menuleiste.

⁷⁹ Sheryl Gay Stolberg: As Bush Term Wanes, Mideast Peace Is an Elusive Goal, in „The New York Times“ 19.5.2008. Fast gleichlautend Thorsten Schmitz: Warum Israel mit Bush zufrieden ist, in „Süddeutsche Zeitung“ 20.5.2008, S. 4.

⁸⁰ Zusammenfassend und ohne Namensnennung in der Broschüre des israelischen Teams der „Genfer Initiative“: An Agreement within a Year. Political Tools for Reaching an Israeli-Palestinian Agreement. Conclusions and recommendations. Conference of experts, Herzliya, 13-14.1.2008. Da ich an der Konferenz teilgenommen habe, kann ich die zitierte Aussage Daniel C. Kurtzer zuordnen.